



picture-alliance/dpa/L.J. Nukan

Seit 2002 baut Israel an einer fast 760 Kilometer langen und rund 180 Millionen Euro teuren Grenzsperranlage, die das israelische Kernland vom Westjordanland (Westbank) trennen und den unkontrollierten Übergang von Personen verhindern soll. Die umstrittene Grenzbefestigung, die zum Teil mitten durch palästinensisches Siedlungsgebiet verläuft, besteht zum überwiegenden Teil aus einem gesicherten Metallzaun mit Bewegungsmeldern und Wachtürmen, einem Graben, einem geharkten Sandstreifen zum Erkennen von Fußabdrücken sowie aus asphaltierten Patrouillenwegen. Zu beiden Seiten des Zauns erstreckt sich eine 70 Meter breite Sperrzone. Auf etwa 25 Kilometern wurde anstatt der beschriebenen Sperranlagen aus Platzgründen eine bis zu acht Meter hohe Mauer errichtet. Extremistische palästinensische Gruppen haben die schwer gesicherte Grenze in der Vergangenheit wiederholt durch den Bau von Tunneln überwunden, durch die Waffen und Gerät für den Einsatz in Israel transportiert werden.

Die israelische Sperrmauer – im Bild ein Abschnitt bei Bethlehem – symbolisiert das Ausmaß der zwischen Juden und Arabern seit Jahrzehnten bestehenden Spannungen. Für die Entstehung eines selbstständigen Palästinenserstaates, der zur dauerhaften Stabilisierung der Region wesentlich beitragen könnte, fehlen hingegen bislang grundlegende Voraussetzungen.

## ■ Die Grundlagen des Nahostkonflikts

Der Begriff »Nahostkonflikt« ist unscharf. Seinen Kern bildet der Anspruch zweier Nationalbewegungen des 20. Jahrhunderts auf Staatsgründung in Palästina. Im Zusammenhang mit dem Konflikt wird als »Naher Osten« der Raum zwischen dem Libanon im Norden und der Sinaihalbinsel im Süden, dem Mittelmeer im Westen und dem Jordanfluss im Osten verstanden. In ihrem nationalen Anspruch stehen sich der Zionismus, die jüdische Nationalbewegung, und der palästinensische Nationalismus gegenüber. Eine Ausdehnung auf den gesamten Nahen Osten erhielt dieser im Wesentlichen bilaterale Konflikt dadurch, dass sich mit der Staatsgründung Israels im Mai 1948 die Regierungen arabischer Staaten in der Region, insbesondere die unmittelbaren Nachbarn Israels, in den Konflikt um Palästina einmischten. Von Anfang an aber hatte der Nahostkonflikt auch eine internationale Dimension: Mit der Feststellung des britischen Außenministers Lord Arthur James Balfour vom 2. November 1917 gegenüber Lord Lionel Walter Rothschild, dem Präsidenten der Zionistischen Föderation in Großbritannien, dass die britische Regierung die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk unterstütze, war Großbritannien Konfliktpartei. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat der Nahostkonflikt auf vielfältige Weise bis in die Gegenwart in die internationale Politik hineingewirkt.

Die Auseinandersetzungen hatten nahezu von Anfang an kriegerisch-militärische Ausmaße. Unumwunden stellt dies der israelische Wissenschaftler und Publizist Tom Segev in seinem Buch »Es war einmal ein Palästina« (dt. Übers. 1999) fest: »Der arabische Aufstand war zwar Ende der dreißiger Jahre gewaltsam unterdrückt worden, aber hatte den Briten klar vor Augen geführt, dass ein Kompromiss zwischen Arabern und Juden unmöglich war. Nur ein Krieg konnte die Machtfrage entscheiden: Wer als Sieger hervorging, würde das Land beherrschen oder zumindest soviel davon, wie er erobern konnte [...] Seit die zionistische Bewegung mit der Absicht nach Palästina gekommen war, einen unabhängigen Staat mit einer jüdischen Mehrheit zu gründen, war ein Krieg unvermeidlich. Dabei deutete alles

auf einen langen Krieg hin, der ohne klaren Sieg enden würde« (S. 538). Diese Feststellung ist bis in die Gegenwart zutreffend: Auf die Unabhängigkeitserklärung Israels reagierten die Araber mit einem Überfall auf den jüdischen Staat; Jordanien okkupierte jenen Rest von Palästina, worauf nach der Entscheidung der Vereinten Nationen vom November 1947 eigentlich ein palästinensischer Staat hätte entstehen sollen. Ein solcher neben dem Staat Israel aber ist bis heute nicht entstanden. Und der Krieg im Libanon im Juli und August 2006 ist der bislang letzte im Zusammenhang mit der Frage, wie sich ein Zusammenleben von Juden und Palästinensern auf dem Boden Palästinas organisieren lässt.

### Die nationale Frage

Die nationalen Ansprüche der zionistischen Juden und der Palästinenser sind über die Jahrzehnte weder in sich einheitlich noch gleichermaßen nachhaltig gewesen. Die zionistische Bewegung (vgl. die Beiträge von Angelika Timm) gibt ein in sich vielfältig differenziertes Bild ab. Waren säkulare und sozialistische Kräfte bis weit in die Zeit nach der Staatsgründung dominant, so gab es von Anfang an Gruppierungen, die die religiöse Komponente der Rückkehr nach Zion, das heißt den Bezug auf das Alte Testament, in den Vordergrund stellten. Neben pragmatische Kräfte, die den Beschluss der Teilung Palästinas vom November 1947 akzeptierten, traten maximalistische Ambitionen, die den zionistischen Anspruch auf Palästina in einer Staatsgründung auf der Gesamtheit des Bodens Palästinas »zwischen Mittelmeer und Jordan« zu verwirklichen trachteten. Vor allem nach 1967, also nach der Eroberung der gesamten Westbank und Ostjerusalems mit dem für die Juden heiligen Ort der »Klagemauer«, haben diese ihre Vorstellungen im Rahmen der Siedlerbewegung zu verwirklichen gesucht. 1977 stellte mit Menachem Begin erstmals der rechtsorientierte Likud-Block den Ministerpräsidenten, der Siedlungsaktivitäten forcierte. Nach nahezu 40 Jahren kontinuierlicher jüdischer Siedlungsaktivität auf der Westbank ist schwer vorstellbar, wie es zur Gründung eines palästinensischen Staates noch kommen kann. Jerusalem wurde bereits 1980 per Gesetz zur »ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels« er-



### Palästinensische Flüchtlinge

Neben den besetzten Gebieten und dem Status Jerusalems ist die Frage der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachfahren einer der Hauptstreitpunkte in den Friedensverhandlungen zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern. Nach Angaben der UNO flohen bis August 1948 etwa 650 000 Palästinenser aus ihren Wohnorten, nach dem Sechstagekrieg 1967 weitere 300 000. Sie und ihre Nachkommen leben heute in Jordanien, Libanon und anderen arabischen Staaten. Sie gelten offiziell als Flüchtlinge und werden von den Hilfswerken der UNO betreut.

Während Israel bisher kategorisch die Rückkehr der Flüchtlinge ablehnt, benutzen arabische Staaten diese als Druckmittel für ihre Zustimmung zur endgültigen Regelung aller Grenzfragen. Aus israelischer Sicht besteht die Befürchtung, dass die Rückführung palästinensischer Flüchtlinge die Bevölkerungsverhältnisse verändern könnte. Aktuell sind von den sieben Millionen Einwohnern Israels 1,4 Millionen arabische Muslime, Christen und Drusen.

Israel weist darauf hin, dass seit dem Jahr 1948 bis heute insgesamt 900 000 Juden aus arabischen Staaten nach Israel emigriert sind, die ebenfalls Vermögen und Sachwerte verloren hätten; dementsprechend hat Israel die Palästinenser im Ausland lange Zeit als Auswanderer und nicht als Flüchtlinge definiert. Für die Araber hingegen ist deren moralisch-juristisches Rückkehrrecht eine grundlegende Voraussetzung für eine Aussöhnung mit Israel. (ft)

klärt; Ostjerusalem wurde annektiert. Damit sollte ausgeschlossen werden, dass Ostjerusalem von palästinensischer Seite zur Hauptstadt eines zu gründenden palästinensischen Staates ausgerufen werden könne.

Auch der palästinensische nationale Anspruch wurde durch das 20. Jahrhundert in unterschiedlicher und unterschiedlich nachdrücklicher Weise artikuliert. Nach der Staatsgründung Israels besetzten jordanische Truppen den den Palästinensern als Staat zugeordneten Teil Palästinas. Damit schien ein eigenständiger palästinensischer nationaler Anspruch hinfällig geworden zu sein. Im Übrigen bedienten sich die unterschiedlichen arabischen Regime zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen

Golf der palästinensischen Sache, um ihre eigenen Interessen zu verwirklichen – sei es die Vorherrschaft im arabischen Raum, sei es die Legitimation gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung. Das galt auch noch für den ägyptischen nationalen »Führer« Gamal Abd el-Nasser, als er 1964 in Kairo die Palästinensische Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organization, PLO) gründete. Erst dieser gelang es, ab Ende der 1960er-Jahre unter Jassir Arafat, der palästinensischen Frage innerhalb des Nahostkonflikts ein eigenes Profil zu geben. Dies war das Ergebnis eines langen bewaffneten Kampfes, der auch auf terroristische Weise ausgetragen wurde. Auf der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Rabat im Oktober 1974 wurde die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt (vgl. den Beitrag von Christoph M. Scheuren-Brandes).

Auch die PLO hat es nicht vermocht, die palästinensische Frage im Sinne einer Zwei-Staaten-Regelung zu lösen. Trotz des Friedensprozesses (seit 1991) ging die israelische Besiedelung der Westbank in den 1990er-Jahren weiter. Der Ausbruch des bewaffneten palästinensischen Widerstandes im Herbst 2000, der auch mit terroristischen Angriffen militanter Palästinenser auf israelisches Staatsgebiet geleistet wurde, führte zu israelischen Vergeltungsmaßnahmen, die mit größter Härte durchgeführt wurden. Dabei gab es auch unter der an bewaffneter Konfliktaustragung nicht beteiligten Bevölkerung erhebliche Opfer. Die wirtschaftliche Lage auf der Westbank und im Gazastreifen verschlechterte sich dramatisch. Dies sowie weit verbreitete Korruption unter der säkularen, hauptsächlich von der Fatah-Organisation gestellten Verwaltung ließ islamistische Kräfte stärker werden, die sich seit 1987 unter der Abkürzung ihres arabischen Namens »Hamas« (»Bewegung des islamischen Widerstandes«) organisiert hatten. Damit ist die Frage der Reichweite des palästinensischen Nationalismus wieder aufgeworfen: Geht es noch um die Errichtung eines palästinensischen Nationalstaats an der Seite Israels? Oder wird nicht in islamistischer Lesart das Existenzrecht Israels grundsätzlich zugunsten der Wiedergewinnung des gesamten palästinensischen Bodens, insbesondere auch Jerusalems, im Zusammenhang mit der Schaffung eines »islamischen Staates« infrage gestellt?

### Die internationale Dimension

Der Nahostkonflikt hat von Beginn an wesentlich auch eine internationale Dimension gehabt. Von der Rolle Großbritanniens in Bezug auf die zionistische Bewegung war bereits eingangs die Rede. Großbritannien »übergab« das palästinensisch-zionistische Problem 1947 an die Vereinten Nationen, die Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen beschloss. Letzterer kam angesichts der Besetzung durch jordanische Truppen nicht zustande. Spätestens seit der Hinwendung der nationalistischen ägyptischen Führung unter Nasser zur Sowjetunion achteten die USA argwöhnisch darauf, dass die Entwicklungen im Rahmen des arabisch-israelischen Verhältnisses die globale Machtbalance nicht zerstörten. Das Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1990 sah die Vereinigten Staaten als einzigen *global player* im Konflikt. Zugleich jedoch zeigte sich, dass es Washington nicht vermochte, die Rolle eines ehrlichen Maklers zwischen Israelis und Palästinensern zu spielen. Aus Gründen, die tief in die amerikanische Gesellschaft reichen, gelang es keiner Administration in Washington, auf israelische Regierungen Druck auszuüben, noch den Prinzipien und den Grundlagen der Konfliktregelung zu entsprechen, die bereits 1967 in der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates niedergelegt worden waren. Ihnen lag die Forderung »Land für Frieden« zugrunde; verstanden wird darunter die Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die arabische (und palästinensische) Seite bei gleichzeitigem Rückzug Israels aus 1967 besetzten Gebieten (»from territories occupied in the recent conflict«). Nach dem 11. September 2001 fand die Regierung von Präsident George W. Bush eine weitere Rechtfertigung, nachdrücklich auf Israel als Verbündeten zu setzen. Auch als der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon 2005 den Rückzug Israels aus dem ebenfalls 1967 besetzten Gazastreifen verfügte, war Washington nicht bereit, angesichts dieses so wichtigen Schrittes die Einbeziehung der palästinensischen Autonomiebehörde unter dem Nachfolger Arafats, Machmud Abbas, als politischem Partner Israels durchzusetzen. In das entstehende Vakuum drangen nunmehr radikale Elemente der Hamas-Bewegung ein.

### 1967 durch Israel besetzte Gebiete

Im Sechstagekrieg von 1967 besetzte Israel große Gebiete in Syrien, Jordanien und Ägypten. Die UN-Resolution 242 forderte die Rückgabe der militärisch gewonnenen Territorien, was Israel aber nur teilweise erfüllte. Die riesige *Halbinsel Sinai* gab Israel zwischen 1974 und 1982 an Ägypten zurück.

Der *Gazastreifen*, an der Westküste des Landes gelegen, stand bis 1967 unter ägyptischer Verwaltung und ist seit dem Abkommen von Oslo 1993 Teil des palästinensischen Autonomiegebietes. Seit dem einseitigen Rückzug Israels vom Juli/August 2005 gibt es dort keine jüdischen Siedlungsaktivitäten mehr. Seit dem Putsch vom Juni 2007 steht das von 1,4 Millionen Menschen bewohnte Gebiet unter Kontrolle der Hamas.

Das *Westjordanland* grenzt im Osten an Jordanien und wurde ebenfalls im Sechstagekrieg erobert. Israel hat dort seit 1967 etwa 120 Siedlungen mit annähernd 240 000 Einwohnern (ohne Ostjerusalem beziehungsweise Großjerusalem) errichtet. Insgesamt leben dort 2,5 Millionen Menschen. Die Organe der palästinensischen Selbstverwaltung werden von der Fatah dominiert.

*Jerusalem*, das nach der UN-Resolution 181 (II) von 1947 ursprünglich eine internationale Verwaltung erhalten sollte, war bis 1967 geteilt und ist die offizielle Hauptstadt des Staates Israel. Die palästinensische Autonomiebehörde fordert Ostjerusalem einschließlich des Tempelberges als Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates.

Die *Golanhöhen*, ein Hochplateau aus Vulkangestein, liegen auf syrischem Territorium im Süden des Landes. Sie sind militärstrategisch von besonderer Bedeutung. Seit 1967 israelisch besetzt, markieren sie heute die Interimgrenze zwischen Israel und Syrien. (bc)

## Zwischen Krieg und Verhandlungen

Die Bemühungen um eine Lösung des Dilemmas zwischen den Palästinensern sowie der – zunächst – zionistischen Bewegung und seit 1948 zwischen den Palästinensern und dem Staat Israel haben unterschiedliche Formen angenommen. Zahlreiche jüdische Stimmen haben mit der einsetzenden zionistischen Besiedlung vergeblich ein Nebeneinander von Juden und Pa-



### Symbolfiguren des Nahostkonflikts: Ariel Scharon und Jassir Arafat

Ariel Scharon und Jassir Arafat haben die jüngere Geschichte im Nahen Osten geprägt wie wenige andere. In ihren Biografien spiegeln sich Strukturen des Nahostkonfliktes. Scharon wurde 1928 als Ariel Scheinermann bei Jaffa als Sohn osteuropäischer Juden geboren, die seit 1920 in Palästina lebten. Er avancierte vom Freiwilligen der zionistischen paramilitärischen Untergrundorganisation Haganah bis zum General der israelischen Streitkräfte und nahm in seiner militärischen Laufbahn an allen bewaffneten Konflikten Israels teil: Im Unabhängigkeitskrieg 1948 führte er eine Infanteriekompanie, Anfang der 1950er-Jahre die Antiterrorformation »Einheit 101«, 1956 im Suezkrieg eine Fallschirmjägerbrigade. Im Sechstagekrieg 1967 und im Jom-Kippur-Krieg 1973 diente Scharon als Divisionskommandeur.

Der bewährte Offizier geriet aufgrund seines brutalen Vorgehens (insbesondere 1953 beim Massaker an arabischen Zivilisten in Quibya) mehrfach in die Kritik. Nach seinem Abschied aus dem aktiven Militärdienst beschritt er einen für viele ehemalige israelische Offiziere üblichen Karriereweg: Er wechselte in die Politik und zog Ende 1973 in die Knesset ein. 1981 wurde er Verteidigungsminister. 1982 ordnete er den Einmarsch in den Libanon an, um dort die von Arafat geführte PLO zu zerschlagen. Zwar erreichte der Angriff mit der Flucht Arafats und der PLO aus Beirut sein militärisches Ziel, doch büßte Scharon durch das von verbündeten christlich-libanesischen Milizen begangene Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila, woran ihm von offizieller Seite eine Mitverantwortung zugesprochen wurde, stark an Ansehen ein. 1983 musste er



picture-alliance/ dpa/dpaweb

Jassir Arafat (links) und der damalige Außenminister Ariel Scharon während der israelisch-palästinensischen Verhandlungen in Wye Plantation bei Washington am 21. Oktober 1998. Gastgeber war der amerikanische Präsident Bill Clinton.

schließlich zurücktreten. Eine Konstante seines politischen Wirkens bildete Scharons umstrittene Siedlungspolitik. Als Außenminister besuchte er im September 2000 den Muslimen heiligen Bereich auf dem Tempelberg in Jerusalem. Im Zusammenwirken mit dem festgefahrenen Friedensprozess trug diese Aktion zum Ausbruch der »Zweiten Intifada« (palästinensischer Aufstand) bei. Als Premierminister Israels seit 2001 lehnte Scharon Arafat als Gesprächspartner ab. Gegen starken innenpolitischen Widerstand setzte er 2005 den Abzug der Israelis aus dem Gazastreifen durch. Scharons politische Karriere wurde durch einen Schlaganfall Ende 2005 und ein anschließendes, bis heute anhaltendes Koma beendet.

Jassir Arafat kam 1929 als Mohamed Abdel Raouf Arafat al-Qudwa al-Husseini zur Welt. Sein politischer Werdegang begann 1949 als Student. Arafat diente als junger Offizier in der ägyptischen Armee und nahm am Suezkrieg teil. Mit anderen Aktivisten gründete er 1958/59 die Widerstandsbewegung Fatah, die unmittelbar darauf ihre Anschlagtätigkeit in Israel aufnahm. 1968 erhielt die Organisation nach der Verteidigung eines PLO-Stützpunktes in Jordanien gegen israelische Angriffe großen Zulauf.

1969 übernahm Arafat den Vorsitz der PLO. Die israelische Intervention von 1982 zwang ihn zur Flucht aus Beirut. In seinem daraufhin bezogenen Hauptquartier in Tunis überlebte er 1985 einen israelischen Luftangriff. Nach Jahren des bewaffneten (Untergrund-) Kampfes gegen Israel räumte Arafat 1988 Israel erstmalig ein Existenzrecht ein. Verhandlungen mit der israelischen Seite mündeten 1991 in die Madrid-Konferenz und das Oslo-Abkommen von 1993. Für die dort erzielten Ergebnisse (Autonomievertrag, palästinensische Selbstverwaltung) wurde Arafat gemeinsam mit den beiden israelischen Politikern Schimon Peres und Itzhak Rabin 1994 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. 1996 wählte ihn die palästinensische Autonomieverwaltung zu ihrem ersten Präsidenten. Ende der 1990er-Jahre verschlechterte sich jedoch zusehends das politische Klima. Die Verhandlungen Arafats mit Ministerpräsident Ehud Barak und US-Präsident Bill Clinton in Camp David scheiterten im Jahr 2000. 2002 erklärte die israelische Regierung unter Scharon Arafat zum Feind. Dieser wurde unter Hausarrest gestellt, israelische Angriffe zerstörten sein Hauptquartier. 2004 verstarb Arafat in Paris. (mp)

lätinensern angemahnt. Die Palästinenser haben sich seit den 1920er-Jahren wiederholt bewaffnet gegen die jüdischen Siedler zur Wehr zu setzen gesucht. Zwischen 1948/49 und 2006 sind Kriege zwischen den unmittelbar und mittelbar betroffenen Konfliktparteien ausgetragen worden. Der folgenreichste war der Sechstagekrieg vom Juni 1967, der zu der bis heute anhaltenden Besetzung palästinensischen Landes und der syrischen Golanhöhen führte. Mit der legendären Reise des ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat im November 1977 nach Jerusalem und seiner Rede vor der Knesset kam es zu israelisch-ägyptischen Verhandlungen, die 1979 zum Abschluss eines bilateralen Friedensvertrages führten. Nicht zuletzt aufgrund des Widerstands radikaler arabischer Regime und der PLO gelang es Sadat aber nicht, den bilateralen zu einem umfassenden Frieden zu machen. Erst mit dem Ende der Sowjetunion, die seit 1956 radikale und »linke« arabische Kräfte unterstützte, begann ein Friedensprozess, der darauf gerichtet war, die doppelte Besetzung arabischer Gebiete durch Israel zu beenden: der palästinensischen Gebiete Westbank und Gazastreifen sowie der syrischen Golanhöhen. Mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Itzhak Rabin am 4. November 1995 durch einen jüdischen Extremisten verlor dieser Prozess an Dynamik und an Richtung. Auf palästinensischer wie auf israelischer Seite gewannen radikale Kräfte nachhaltig an Einfluss, denen an einem auf den völkerrechtlichen Resolutionen beruhenden Ausgleich nicht gelegen war.



Der jüdisch-palästinensische Konflikt im Kino: Der israelische Regisseur Eran Riklis drehte »Lemon Tree« 2008 und erhielt dafür den Panorama Publikumspreis der 58. Berlinale. »Lemon Tree« erzählt die Geschichte der palästinensischen Witwe Salma (im Bild: Schauspielerin Hiam Abbass). Ihr Zitronenhain wird plötzlich zum Sicherheitsrisiko und soll abgeholzt werden. Um ihre Bäume zu retten, zieht sie mit einem Rechtsanwalt bis vor den Obersten Gerichtshof Israels.

Im Herbst 2000 veränderte sich einmal mehr der Charakter der Konfliktaustragung. Die palästinensische Seite ging zu Terrorakten auf israelischem Boden über. Israel antwortete mit anhaltenden militärischen Operationen, welche die Lebensgrundlagen der gesamten palästinensischen Bevölkerung dramatisch verschlechterten. Seit 2002 versucht Israel, die »palästinensische Bedrohung« durch die Errichtung einer Mauer zu bannen. In einem Klima von wirtschaftlicher Not und politischem Chaos gingen islamistische Kräfte in die Initiative. Mit dem Krieg im Libanon im Juli/August 2006 brachte die islamistische Hisbollah in einem Stellvertreterkrieg auf eigene Weise ihr Engagement für die Sache Palästinas zum Ausdruck.

### Psychologische Auswirkungen

Der Nahostkonflikt hat seit der Gründung Israels weitreichende Auswirkungen auf die arabische Psyche, ja auf die Befindlichkeit weiter Teile der islamischen Welt insgesamt gehabt. Die Staatsgründung Israels wird als »Katastrophe« (arab. *nakba*) wahrgenommen. Sie hat ein tiefsitzendes Gefühl der Unterlegenheit besiegelt, das sich im Zuge der sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in Politik, Wirtschaft und Kultur unabweisbar herausbildenden Dominanz des Westens entwickelt hat.

Die Palästinafrage, insbesondere seit der israelischen Besetzung der Westbank und Ostjerusalems, bildet auch das Prisma, durch das nicht nur die Araber, sondern auch weite Teile der islamischen Welt den Westen sehen: als eine Macht, die Israel als den Brückenkopf zur Verwirklichung ihrer Interessen, insbesondere an Erdöl und Erdgas, einseitig unterstützt. Das aufgrund des Palästinaproblems tief verwurzelte Misstrauen gegenüber dem Westen hat sich im Verlauf des »Krieges gegen den Terrorismus«, insbesondere der amerikanischen Invasion im Irak von 2003, weiter verschärft. Profitiert haben davon radikale antiwestliche Kräfte weithin in der islamischen Welt. Ohne die Schaffung eines palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Ostjerusalem wird sich die entstandene Kluft nicht schließen lassen.

*Udo Steinbach*